

Spieß, C. Katharina

**Article**

## Ausbau ganztägiger Angebote für Schulkinder darf nicht an Baden-Württemberg scheitern!

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Spieß, C. Katharina (2020) : Ausbau ganztägiger Angebote für Schulkinder darf nicht an Baden-Württemberg scheitern!, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 40, pp. 782-, [https://doi.org/10.18723/diw\\_wb:2020-40-3](https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-40-3)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226752>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



C. KATHARINA SPIESS

# Ausbau ganztägiger Angebote für Schulkinder darf nicht an Baden-Württemberg scheitern!

C. Katharina Spiess ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin.  
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Dass die ganztägige Bildung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter dringend ausgebaut werden soll, darin sind sich viele einig. Beim erforderlichen Ausbau der Kapazitäten unterstützt der Bund die Länder mit Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Euro. Nun will er sogar noch einen Schritt weiter gehen und sich an den Betriebskosten beteiligen. Eine großartige Idee, die allerdings an einem Bundesland scheitern könnte: Baden-Württemberg hat bisher noch Bedenken, der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung zuzustimmen.

Obwohl laut Kultusministerkonferenz immerhin schon zwei Drittel der Schulen ganztägig organisiert sind, reichen die vorhandenen Plätze bei weitem noch nicht aus. Um den bis 2025 erwarteten Bedarf zu decken, müssten bis zu einer Million neue Plätze geschaffen werden. Dafür werden mindestens 5,3 Milliarden Euro Investitionskosten und 3,2 Milliarden Euro Betriebskosten veranschlagt. Hinzu kommen die Ausgaben für die Qualifizierung von zusätzlichem Personal, das in diesem Bereich arbeiten soll. Kurzfristig ist dies sicherlich kein preiswertes Unterfangen.

Viele Gründe sprechen dafür, dass sich diese Investitionen kurz- und langfristig lohnen – und machen die bisherige ablehnende Haltung Baden-Württembergs umso unverständlicher. Zahlreiche empirische Erhebungen weisen darauf hin, dass der Ausbau ganztägiger Angebote für Schulkinder die Erwerbstätigkeit von Müttern erhöht. Die Möglichkeit, die eigene Arbeitszeit auszudehnen, wird sich auf die Einkommen von Frauen auswirken und somit mittel- bis langfristig auch den Gender Wage Gap sowie den Gender Pension Gap reduzieren.

Auch mit Blick auf das Humanpotential von morgen und übermorgen ist der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote sinnvoll. Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, dass die ganztägigen Bildungsangebote von hoher Qualität sein müssen, um positive Effekte bei den Kindern zu erzielen. Will die öffentliche Hand Folgekosten vermeiden, lohnt es sich, von Anfang an auf Sparzwänge zu verzichten und die für ein qualitativ gutes Angebot notwendigen Ressourcen zu mobilisieren. Mittel-

bis langfristig wird sich das auszahlen, denn gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler sind später diejenigen, die im Mittel höhere Steuern zahlen.

Außerdem kann eine gute ganztägige Bildungs- und Betreuungssituation einen wertvollen Beitrag zur Integration von Kindern mit Flucht- und Migrationshintergrund leisten. Hier liegen gute Voraussetzungen vor: Bereits 2018 besuchen 51 Prozent der 12- und 14-Jährigen mit Fluchthintergrund eine Ganztagschule, bei den Gleichaltrigen mit anderem Migrationshintergrund sind es 41 Prozent und „nur“ 32 Prozent der anderen Kinder. Auch Integration kostet den Bund – diese Kosten könnten langfristig reduziert werden, wenn noch bessere Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund bereitstehen.

Wenn Mütter mehr arbeiten können, sorgt dies auch für Mehreinnahmen auf Seiten der öffentlichen Hand. Berechnungen des DIW Berlin, die davon ausgehen, dass sich das Arbeitsvolumen von Müttern mit Grundschulkindern bei einem Ausbau um etwa drei bis sieben Prozent erhöht, zeigen: Insbesondere die Sozialversicherungsträger profitieren. Zählt man letztere zum Bund, ist es sehr wohl gerechtfertigt, dass sich dieser nicht nur an den Investitionskosten, sondern auch an den Betriebskosten beteiligt, denn er ist kurz- bis langfristig einer der Hauptprofiteure des Ausbaus.

Das hat der Bund eingesehen und hat den Ländern eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung vorgelegt. Auf Ablehnung stieß er einzig und allein in Baden-Württemberg: Das Land will bisher nicht zustimmen, weil die kommunalen Betreuungsangebote des Landes in der Vereinbarung nicht berücksichtigt wurden. Es gilt rasch eine Lösung zu finden, denn es ist an der Zeit, massiv in das Ganztagesangebot zu investieren. Auf keinen Fall darf dieses Zukunftsprojekt scheitern – auch nicht an einzelnen Ländern. Denn dazu ist die zu erwartende Rendite zu hoch!

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 30. September 2020

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;  
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Prof. Dr. Franziska Holz

### Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;  
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;  
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den  
Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter  
unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)